

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Ziel Frankreichs.

Vorbereitungen zu Verhandlungen?

Paris, 1. März. (U.) Das „Echo de Paris“ schreibt, daß die leitende Idee Frankreichs in den eventuell bevorstehenden Verhandlungen die sein wird, eine Regelung in der Form herbeizuführen, daß sowohl direkt wie indirekt die Ruhrminen und Fabriken zugunsten der zerstörten Gebiete arbeiten. Ein weiterer entscheidender französischer Programmpunkt wird darin bestehen, daß in Zukunft die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Entmilitarisierung des linken Rheinufers und einer Zone von 50 Kilometer auf dem rechten Rheinufer ernsthaft eingehalten werden. Ueber diese beiden Punkte würden in den zuständigen französischen Kreisen augenblicklich Projekte ausgearbeitet. Das Blatt fürchtet, daß die Londoner Regierung die Bedingungen, die Frankreich und Belgien dem Kabinett Cuno auferlegen werden, nicht gutheißen könne, nachdem es die Methode der beiden Länder bekämpft habe.

Frankreich und der deutsche Zahlungsplan.

Eine offiziöse deutsche Erklärung.

Wolffs Bureau meldet: Der „Temps“ führt in seinem Leitartikel vom 27. Februar aus, Anfang Januar hätte das Kabinett Cuno entgegen der heutigen Behauptung noch keinen regelrechten Plan besessen. Man erinnere sich, daß das Kabinett sich mit den deutschen Großindustriellen nicht habe verständigen können. Hieraus zieht der „Temps“ den Schluß, das sei wahrscheinlich Grund genug dafür, daß Staatssekretär Bergmann den Alliierten einfache mündliche Mitteilungen machen wollte.

Behauptungen und Schlussfolgerungen des „Temps“ sind unrichtig. Die Verhandlungen über den Pariser Konferenz vorliegenden Reparationsplan waren am 23. Dezember 1922 abgeschlossen. Der Reichskanzler hat in seiner Hamburger Rede am 31. Dezember 1922 darauf hingewiesen, daß der Vorschlag für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage in engster Fühlung mit den maßgebenden Wirtschaftskreisen festgestellt sei. Demgemäß wurden die deutschen Volkswirtschaften in Paris, London, Rom und Brüssel am 31. Dezember 1922 angezogen, den betreffenden Regierungen amlich mitzuteilen, daß die Reichsregierung im engsten Einvernehmen mit den maßgebenden Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens die in Deutschland vorhandenen Möglichkeiten für eine endgültige Regelung der Reparationsfrage geprüft und danach einen Plan ausgearbeitet hat, zu dessen Durchführung die Unterstützung der deutschen Wirtschaft namentlich der Bankwelt und Industrie gesichert ist. Die Meinung ist: „Sie wollen hieran das Erfahren knüpfen, daß einem Vertreter der Reichsregierung Gefogenheit gegeben werde, unseren Plan der in Paris zusammen tretenden Konferenz zu unterbreiten und mündlich zu erläutern.“

Der „Temps“ führt selbst aus dem von der französischen Regierung jedoch herausgegebenen Gelbdruck diese Kamelung an den Vorkämpfer Moyer an. „Il (Gouvernement allemand) a chargé le docteur Mayer d'intervenir auprès M. Poincaré pour que la possibilité soit donnée à un représentant du Gouvernement allemand de soumettre ce plan à la réunion des ministres alliés et de l'exposer de vive voix devant eux.“

Es ist völlig unverständlich, wie der „Temps“ bei dieser Sachlage zu seiner Behauptung kommt, daß die deutsche Regierung Anfang Januar noch keinen Plan gehabt hätte und daß Staatssekretär Bergmann den Alliierten einfache mündliche Erklärungen habe machen wollen. Der „Temps“ kann durch sein Mandat Herr Poincaré nicht davon entlasten, daß er sowohl die schriftliche Mitteilung wie die mündliche Erklärung unseres Planes in Paris verhindert hat.

Anfragen im Unterhaus.

London, 1. März. (WTB.) Im Unterhause fragte Bond (Arb.-Partei) den Premierminister, ob, abgesehen von einem besonderen Angebot, bezüglich der Reparationen die deutsche Regierung irgendeinen allgemeinen Vorschlag gemacht habe zu dem Zweck, der augenblicklichen ernststen Vorge im Ruhrgebiet ein Ende zu machen. Bonar Law verneinte die Frage.

McNeill antwortete auf eine Anfrage Burtons (Arb.-Partei), es sei der britischen Regierung bekannt, daß eine Anzahl von deutschen Beamten, in zahlreichen Fällen mit ihren Frauen und Kindern, aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen worden sind. Derartige Vertreibungen seien durchgeführt worden nicht auf Befehl der Interalliierten Rheinlandkommission, sondern auf Befehl der französischen und der belgischen Militärbehörden im Ruhrgebiet.

London, 1. März. (U.) Ein Abgeordneter fragte gestern im Unterhause, ob es wahr sei, daß bedeutende Warenmengen, die von Dortmund und Duisburg nach England geschickt wurden, auf Befehl der französischen Regierung beschlagnahmt worden seien. Den betreffenden englischen Firmen sei großer Schaden erwachsen. Im Namen der Regierung antwortete der Unterstaatssekretär im Foreign Office MacNeill, daß er den betreffenden Fall nicht kenne, daß aber eine Reihe ähnlicher Fälle gegenwärtig Gegenstand einer Untersuchung durch die englischen Behörden im Rheinlande sei. Die englische Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um die englischen Handelsinteressen in Deutschland zu schützen. Bis jetzt hätten die Franzosen immer den Beweis ihres guten Willens gegeben, den englischen Handel in keiner Weise zu beeinträchtigen. Jedoch, wenn Schwierigkeiten aufgetaucht seien, habe sich Frankreich verächtlich gezeigt.

Neue Gewaltandrohung.

Todesstrafe für Widerstand.

Paris, 1. März. (U.) Wie aus Koblenz berichtet wird, veröffentlichte die Rheinlandkommission gestern abend zwei neue Ordonanzen. Nach der einen werden gewisse Geldbußen um das 300fache erhöht. Eine zweite Ordnanz bestimmt, daß Sabotageakte oder Arbeitsunterlassungen, die tödlichen Unfall zur Folge haben, mit dem Tode bestraft werden. Sabotageakte, die keine Todesfolge haben, werden mit Zwangsarbeit nicht unter 10 Jahren bestraft. Für Beeinträchtigung des Eisenbahnverkehrs, die nicht als Sabotageakte bezeichnet werden, sind Strafen von 5 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe festgesetzt.

Paris, 1. März. (U.) General Degoutte hatte gestern eine Ordnanz über die Erhöhung der Kohlensteuer erlassen. Diese Ordnanz bestimmt, daß die Industriellen die Kohlensteuer für die nach Deutschland bestimmten Sendungen bezahlen und sich allen von der interalliierten Kohlenkontrollkommission festgesetzten Normen unterwerfen. Es sind bestimmte Maßnahmen vorgesehen, um Verluste, die durch die Kurschwankungen entstehen könnten, zu vermeiden. Diejenigen Industriellen, welche die Kohlensteuer nicht entrichten, werden keine Ausfuhrbewilligungen nach dem unbefrehten Deutschland oder nach dem Auslande erhalten.

Der Strafvollzug im besetzten Gebiet.

Die bereits kurz gemeldete Verordnung der Rheinlandkommission bestimmt, daß grundsätzlich alle von alliierten oder deutschen Gerichten verhängten Freiheitsstrafen wegen Verletzung von Verordnungen der Rheinlandkommission in den deutschen Gefängnissen zu vollstrecken sind, daß aber Freiheitsstrafen über fünf Jahre auf Anordnung des Oberbefehlshabers der betreffenden alliierten Armee in den Strafanstalten desjenigen Staates verbüßt werden müssen, dem das Urteilende Gericht angehört. Wird auf Todesstrafe erkannt, so bestimmt der betreffende Oberbefehlshaber Art, Zeit und Ort der Vollstreckung. Zu dieser schwerwiegenden Neuordnung wird die Reichsregierung Stellung nehmen.

Offenburg, 1. März. (WTB.) Bürgermeister Bühner, der heute nachmittag vor die französische Besatzungsbehörde geladen wurde, ist heute nachmittag im Rathaus verhaftet worden. Während der Verhaftung im Rathaus hatte sich vor demselben eine große Menschenmenge angesammelt, die von den französischen Truppen wiederholt auseinandergejagt wurde. (Bürgermeister Bühner ist Parteigenosse. Die Red.)

Bochum, 1. März. (WTB.) Die in Essen erscheinende „Essener Arbeiterzeitung“ ist von den französischen Besatzungsbehörden bis zum 15. März verboten worden.

Neue Schupoanweisungen.

Herne, 1. März. (U.) Etwa 70 der in Herne gestern vormittag inhaftierten Polizeibeamten sind im Laufe des Tages unter Aufgebot von Tanks und Kavallerie nach Bork gebracht und dort ausgeführt worden. Die in Redlinghausen ausgewiesenen Beamten der Schupo, etwa 250, sind in Dissen ausgeführt worden. Die Polizeioffiziere werden in Redlinghausen zurückgehalten. In Bochum sind außer der gestern morgen erfolgten Inhaftierung von Teilen der Schupo weiter die Polizeimajore Koch und Seeger sowie der Polizeirat Ernst festgenommen und gefesselt abtransportiert worden. Auf der Reichsbank beschlagnahmten die Franzosen 50 Millionen, auf der Post 9 Millionen M.

Rechtshilfe und internationaler Gerichtshof.

London, 1. März. (WTB.) In einem Leitartikel fordert „Manchester Guardian“ eine Untersuchung durch einen unparteiischen internationalen Gerichtshof über die große und dringende Frage, ob das französische Vorgehen in Deutschland gezielte Inhabereinstimmung mit dem Friedensvertrag von Versailles sei. Amerika könne ebenso wenig wie England gleichgültig belassene stehen, während großes Unrecht in Europa geschehe und ein großes Volk zerstört werde. Zum Schluß gibt das Blatt der Ueberzeugung Ausdruck, daß England und Amerika wirkungsvoll zusammen handeln werden.

Die Meldung des „Daily Express“, daß eine deutsche Finanzdelegation mit Bergmann nach London komme, ist unbegründet.

Ein Börsengerücht.

An der Börse wurde heute das Gerücht verbreitet, daß General Degoutte einem Aitentat zum Opfer gefallen sei. Da außerhalb der Börse nicht das geringste davon bekannt ist, liegt die Annahme nahe, daß es sich bei dieser Nachricht um ein Börsenmanöver handelt.

Dollarkurs 23 000.

Heute setzten im offiziellen Devisenverkehr der Berliner Börse wieder stärkere Bedarfskäufe der Industrie und des Großhandels ein. Die Reichsbank sah sich deshalb genötigt, durch Abgaben einer stärkeren Steigerung der Kurse von ausländischen Zahlungsmitteln entgegenzuwirken. Gegen mittag hielt sich der Dollarkurs auf 23 000. In Verbindung mit dieser Bewegung der Devisen macht auch die Erhöhung der Kurse am Effektenmarkt weitere Fortschritte.

Kriegspsychose.

Die Heimkrieger feiern wieder ihre goldenen Tage. Niemals seit langem war die Zeit so günstig für die schönsten Kriegervereinsreden, wie eben jetzt, da die Franzosen und Belgier mit allen Mitteln des Großkampfes gegen eine waffenlose Bevölkerung im Felde stehen. Der deutsche Bierbankphilister findet in solcher Zeit die willkommenste Gelegenheit, auf Landarten Schlachtpläne zu entwerfen und mit des Basses Grundgewalt den „Erbfeind“ zu vernichten. Solange diese Heimstrategen an ihren Stammtischen bei teurem Bier und schlechtem Tabak sich gegenseitig die Köpfe warm machen, mag das ein harmloses Vergnügen bleiben. Anders aber wird die Sache, wenn bekannte Politiker auf das Niveau des Stammtisches von Schilddorf oder Schöppenstedt herabsinken und ihre gleichgeartete politische Weisheit in öffentlichen Kundgebungen der Welt mitteilen.

Eine solche Schilddorferlei leistete sich der deutschnationalen „Führer“ Graf Westarp auf dem sogenannten Landesparteitag seiner Partei in Berlin. Wir haben bereits im Morgenblatte den Unsinn angeprangert, den dieser ehemalige Landrat von Bomm als politisch zum Besten gibt. Wer ernsthaft der Meinung ist, daß an Verhandlungen mit der Entente nicht eher zu denken sei, bevor nicht das Ruhrgebiet und das ganze linke Rheinufer geräumt, der sollte schleunigst von der politischen Bildfläche abtreten. Noch so kraftgeschwollene Phrasen können nicht ernsten politischen Sinn ersehen. Daß dieser Graf, der 1918, als die Sache in Berlin brenzlich wurde, einen sozialdemokratischen Volksbeauftragten um einen Geleitschein in seine östliche Heimat ersuchte, von der Gedankenwelt des Sozialismus und daher auch von der sozialdemokratischen Einstellung zum Kriege bis heute nichts begriffen hat, ist weniger verwunderlich als die Tatsache, daß er trotzdem mit einer souveränen Selbstverständlichkeit über diese Dinge öffentlich zu reden wagt.

Allerdings ist Westarp ja nur einer von den Vielen, die jetzt in Deutschland auf diese Art hohe Politik treiben. Fand doch z. B. in Hannover eine Tagung des Landbundes statt, an der auch der alte Hindenburg teilnahm. Die Versammlung hatte verschiedene Reden von Führern der Landbewegung entgegengenommen und mußte sich dann gefallen lassen, daß der kleine Martin Spahn, der Sohn des alten Zentrumsführers, ihr erzählte, daß gegenwärtig „die Germanen von der Quelle bis zur Mündung des Rheins gegen die Franzosen sich erhoben“. Er wollte damit glauben machen, daß sogar die Schweizer und die Holländer mit den Deutschen gegen Frankreich gemeinsame Sache machen wollten. In solcher Stimmung mußte schließlich auch Hindenburg sprechen. Und ganz hingerissen berichtet die „Deutsche Tageszeitung“:

Rogend erhob sich die Gestalt des ehrwürdigen Heerführers und mit Worten, die bis zur letzten Stille des riesigen Kuppelraumes deutlich vernnehmbar waren, rief er den Landwirten zu: „Deutsche Brüder, wir wollen nie vergessen, daß wir Deutsche sind und überall unsere Pflicht und Schuldigkeit tun, und wenn es nötig ist, kämpfen, so lange, bis die letzte Fahne zerflattert und die letzte Klinge zer splittert ist. Besser in Ehren untergehen als in Schande leben!“

Trotzdem es erst vier Jahre her ist, scheint Hindenburg schon ganz vergessen zu haben, daß er mit seinem Gehlisen Ludendorff schon einmal solange hat kämpfen lassen, bis „die letzte Fahne zerflattert und die letzte Klinge zerflattert“ war, oder um es anders auszudrücken, bis er in immer dringlicheren Telegrammen an die damals noch kaiserliche Reichsregierung den Waffenstillstand innerhalb 24 Stunden forderte. Er hat damals gesehen, daß eine mit allen Mitteln des Kriegsterrors aufrechterhaltene Begeisterung nicht dauernd erhalten werden konnte, weil die durch Hunger und Entbehrungen aller Art geschwächte Armee nicht imstande war, der feindlichen Uebermacht noch länger zu widerstehen. Wenn Hindenburg nach diesen Erfahrungen sich dazu hergibt, ganz im Sinne eines Kriegervereinsvorsitzenden Plattheiten zu sprechen, so muß ihm und seinen Bewunderern gleichermaßen deutlich gesagt werden, daß das deutsche Volk die Lehren des Weltkrieges nicht so schnell vergessen hat und daß es nicht gewillt ist, sich noch einmal von denselben Leuten in das offene Verderben führen zu lassen.

Was Hindenburg und Westarp öffentlich reden, wird unterirdisch von politisch ebenso hoch Begabten stimmungsartig weiterverbreitet und in geheimen Verbänden organisiert. Eine Anzahl alter Haudegen sucht in Schriften und Versammlungen Stimmung für einen neuen Krieg zu machen. Der Vorsitzende eines Kernvereins, ein früherer Major namens Gazo, ließ kürzlich eine Information irgendeiner „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“ verbreiten, in der er versicherte, daß er lieber eine neue Million unserer Besten dahingeben und blühende Gebiete in Schutt und Asche legen lassen wolle, als daß die Ruhrfrage durch Verhandlungen gelöst werde. Solcher verschrobenen Herrschaften gibt es in Deutschland leider allzuvielen. Es existiert z. B. eine politische Korrespondenz „Schwarz-weiß-rot“, die keine Ortsangabe enthält und wünscht, daß sie nicht wörtlich abgedruckt werde, die aber nichtsdestoweniger den nationalistischen Blättern das Material liefert, um die Stimmung für einen neuen Krieg großzupöppeln. Ganz offen wird darin gesagt, man müsse nicht von der Reichsregierung verlangen, daß sie zum Krieg treibe. Sie müsse vielmehr erst

Konferenz bei der französischen Regierung unternommen habe. Dr. Mayer sei im Auftrage seiner Regierung einige Tage vorher, d. h. also im Dezember, zu ihm gekommen, um ihm mitzuteilen, daß die deutsche Regierung glücklich sein würde, wenn die französische Regierung vor Monatsende, also vor der Pariser Konferenz, die Herren Stinnes und Silverberg empfangen würde. Er habe Dr. Mayer gefragt, welchen Zweck der Schritt dieser Herren habe. Der deutsche Botschafter habe auf die Aufforderung nach genauen Angaben erklärt, die Herren seien bereit, mit französischen Industriellen in Verbindung zu treten, um Kohle gegen Erz einzutauschen. Auf die Frage, ob ein solcher Austausch auf Reparationskonto gedacht sei, habe Dr. Mayer nach kurzem Zögern verstehen lassen, daß der Austausch außerhalb der Reparationen geplant sei. Poincaré stellt also fest, daß die deutschen Industriellen den französischen Industriellen wirtschaftliche Kombinationen unabhängig von den Reparationen vorschlugen. Er habe Dr. Mayer wissen lassen, daß es ihm unmöglich sei, die beiden Herren am Vorabend einer interalliierten Konferenz zu empfangen, daß er jedoch die Alliierten von der Demarche unterrichten werde.

Auf Seite 89 findet sich das zweite Sitzungsprotokoll wiederum mit derselben Frage. Man sieht, daß Poincaré bei den Verhandlungen die Schritte der deutschen Industriellen dazu zu benutzen versucht hat, um zu beweisen, daß die deutschen Richterfällungen beabsichtigt gewesen seien. Es sei klar, so heißt es in dem Protokoll, daß die deutschen Industriellen, die tatsächlich die deutsche Regierung bildeten, sich bemühten, mit Frankreich in Beziehungen zu treten, um ein großes französisch-deutsches Wirtschaftsabkommen durchzuführen. Die französischen Industriellen, die zwar nicht die französische Regierung bildeten, aber ihrem Lande gegenüber loyal seien, hätten Poincaré über die ihnen gemachten Angebote unterrichtet. Poincaré habe sie aufgefordert, nicht zu verhandeln, indem er ihnen erklärte, daß es sich um ein einfaches Wandern der deutschen Regierung handelte. Die französischen Industriellen hätten die Direktiven Poincarés befolgt, aber, fährt der französische Ministerpräsident fort, wenn das Nichtzustandekommen einer zufriedenstellenden Regelung mit Deutschland in Frankreich Unzufriedenheiten hervorrufen sollte, so könne man die Versicherung geben, daß sich doch früher oder später französisch-deutsche Interessentkombinationen bilden, die im übrigen ohne die Unterstützung der französischen Regierung verwirklicht werden können, aber trotzdem unvermeidbar seien, denn sie entsprächen in der Tat einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Da die französische Regierung nicht gewillt sei, irgend etwas ohne Wissen ihrer Alliierten zu unternehmen, und da sie es vermeiden wolle, daß Eventualitäten dieser Art eintreten, halte sie es für notwendig, die Feststellung der Richterfällung Deutschlands zu verlangen. Der Erfolg der Konferenz liege ihr natürlich am Herzen und sie beabsichtige nicht, irgend etwas zu brüskieren, aber sie sei der Ansicht, daß es nicht schwer sei, die augenblicklichen Wandern der deutschen Regierung zu durchschauen.

Dies der Inhalt des französischen Selbstbuches, soweit bis heute Meldungen vorliegen. Man wird kritisch zu ihm nur Stellung nehmen können, wenn ausführlichere Berichte vorliegen und auch der Inhalt der angekündigten englischen, belgischen und italienischen Dokumentensammlung bekannt sein wird.

Gesteigerte Reaktion in Frankreich.

Albert Thomas und Lord Robert Cecil unter Kriegszensur
Paris, 1. März. (W.Z.) Der Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, sollte am Freitag vor der republikanischen Liga der Menschenrechte sprechen. Der Generalsekretär des Comité des Jorges, der auch Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes ist, hat in einem Brief an den Justizminister dagegen Einspruch erhoben. Daraufhin hat der Minister Albert Thomas gebeten, den angekündigten Vortrag nicht zu halten. Thomas ist laut „Devoir“, heute vormittag in Paris eingetroffen, um persönlich darauf zu antworten.

„Devoir“ meldet weiter, es sei an der Universität eine Vereinigung für den Völkerverbund unter dem Vorh. des Rektors der Sorbonne gegründet worden, vor der Lord Robert Cecil einen Vortrag in der Sorbonne halten sollte. Der Minister für die schönen Künste, Bérard, habe aber verboten, einen Raum in der Universität für die Kundgebung zur Verfügung zu stellen.

Hat die „B. Z.“ geschwindelt?

Vor einigen Tagen hatte die „B. Z.“ am Mittag über eine Rede des amerikanischen Botschafters in London Harvey berichtet, der dabei auch über Deutschland und die Ruhrbesetzung gesprochen haben soll. Amlich wird erklärt, daß Botschafter Harvey in dieser Rede im Londoner Pressklub ausschließlich über das Verhältnis zwischen England und Amerika gesprochen und Deutschland gar nicht erwähnt habe.

Zu den von der „B. Z.“ berichteten Äußerungen Bonar Law's, daß Deutschland einen Reparationsvorschlag machen möge, wird von der gleichen Stelle erklärt, daß nach den bisherigen Erklärungen Bonar Law solche Äußerungen nicht gemacht habe.

Darüber wäre aber das Treiben des Londoner Wästein-Korrespondenten geradezu unverantwortlich, zumal er einer der wenigen deutschen Berichtersteller im teuren Sterlinglande ist. Eine Erklärung der „B. Z.“ und ihres Verlegers zu diesen amtlichen Dementis erscheint uns dringend erforderlich.

Devisenkurse.

	1. März		28. Februar	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	9002.48	9047.37	8967.52	9012.48
1 argentinische Papier-Peso	8428.87	8471.13	8428.87	8471.13
1 belgischer Frank	1214.45	1220.55	1206.97	1213.03
1 norwegische Krone	4179.52	4200.48	4179.52	4200.48
1 dänische Krone	4408.95	4431.05	4408.95	4431.05
1 schwedische Krone	6084.87	6085.19	6000.93	6040.07
1 finnische Mark	623.48	628.57	617.45	620.55
1 japanischer Yen	10872.75	10927.25	10872.75	10927.25
1 italienische Lire	1094.75	1100.25	1084.78	1090.22
1 Pfund Sterling	16681.87	16735.18	16483.12	16716.88
1 Dollar	27243.—	27857.—	27643.25	27756.75
1 französischer Frank	1858.52	1895.45	1876.55	1888.45
1 brasilianischer Milreis	2931.15	2943.85	2493.75	2506.25
1 Schweizer Frank	4284.81	4295.69	4244.86	4265.64
1 spanische Peseta	8538.68	8556.87	8528.65	8540.85
100 österr. Kronen (abgefl.)	31.92	32.08	31.77	31.93
1 tschechische Krone	—	—	670.82	673.68
1 ungarische Krone	7.57	7.57	7.50	7.50
1 bulgarische Lema	—	—	182.7	182.98
1 jugoslawischer Dinar	—	—	290.94	292.06

Kartoffeln nach Berlin!

Ein Hilferuf des Oberbürgermeisters.

Das Reichsernährungsministerium schreibt dem Reichs-Landbund: „Der Oberbürgermeister von Berlin hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadt Berlin zurzeit nur über einen Bestand von 80000 Zentner Kartoffeln verfügt und mit Rücksicht auf die geringen täglichen Anfuhrer erste Bedenken hinsichtlich der Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Kartoffeln beständen. Er bittet dringend, daß in Anbetracht der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage die Landwirtschaft zu einer baldigen verstärkten Anlieferung von Kartoffeln nach Berlin angehalten wird. Wenn ich mich auch der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters von Berlin darin nicht anschließe, daß eine abschließliche Zurückhaltung von Kartoffeln seitens der Landwirtschaft erfolgt, sondern daß der Grund vielmehr in der ungünstigen Witterung zu suchen ist, so stimme ich doch mit ihm darin überein, daß alles versucht werden muß, eine ausreichende Zufuhr von Kartoffeln nach Berlin zu erreichen. Ich bitte daher, darauf hinzuwirken, daß in den landwirtschaftlichen Kreisen auf die schwierige Lage Berlins hingewiesen und nach Aufhören des Frostes die Landwirte zu einer schnelleren Belieferung Berlins mit Kartoffeln angehalten werden. Den Herrn preussischen Staatsminister für Volksernährung habe ich gebeten, der Versorgung Berlins mit Kartoffeln sein besonderes Augenmerk zu schenken. — Dazu bemerkt die Wochenchrift „Reichs-Landbund“: „Unsere Freunde werden auf die schwierige Lage Berlins mit der dringenden Bitte aufmerksam gemacht, dem begreiflichen Verlangen der Großstädte, soweit das die Witterungsverhältnisse zulassen, recht weitgehend Rechnung zu tragen.“

Der Frost hat aufgehört, das Wetter ist günstig. Am Ende ist es aber zu seucht und die Landwirte kriegen nasse Füße, wenn sie ihre Wägen öffnen wollen. Irigentlich wird schon wieder ein Haken sein, der es verhindert, daß die Kartoffeln nach Berlin kommen.

Kartoffelverkauf für Kinderbewilligte. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin hat für Kinderbewilligte 20000 Zentner Kartoffeln zu bedeutend ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt, die in den nächsten Tagen zur Verfügung gelangen werden. Die Verteilung liegt in den Händen der Bezirksämter, denen auch die Auswahl der Bedürftigen obliegt. Außerdem werden durch das Ernährungsamt von heute ab in verschiedenen städtischen Markthallen Kartoffeln zum Pfundpreise von 70 R. in Mengen bis zu 20 Pfund abgegeben. — Wie uns dazu von einem Bezirksamt mitgeteilt wird, sind die Kartoffeln selbst den Bezirksämtern noch nicht zugestellt. Da auch der Verteilungsplan — es kommen nur minderbemittelte Sozialrentner, Fürsorgeberechtigte usw. in Betracht — noch nicht festgelegt ist, so werden die Bezirksämter mit der Ausgabe der Kartoffeln erst Anfang nächster Woche beginnen können. Immerhin wäre es besser gewesen, die Preise erst dann zu verständigen, wenn die Verteilung bereits beginnen konnte. Ober man hätte die Benachrichtigung des Publikums klarer abfassen müssen. Jetzt werden die Bezirksämter überlaufen, ohne daß sie etwas ausgeben können. Durch solche Gedankenlosigkeit bei der Abfassung von Pressenotizen entsteht mehr Ärger als die betreffenden Rentner ahnen.

Die Milch wird wieder teurer.

Die Preissteigerung bei der Milch in dieser Woche von 720 auf 620 R. hat nicht lange angehalten. Wie wir hören, ist für die nächste Woche mit einem erneuten Ansteigen des Milchpreises auf circa 670 R. zu rechnen. Dieses Anziehen kommt restlos den Milchproduzenten zugute, da der Preis für die nach Berlin zu liefernde Frischmilch auf Grund der Beiträge mit den landwirtschaftlichen Organisationen sich bekanntlich nach den Butternormierungen im Verhältnis 1:10% richtet. Das Fehlen des Milchpreises hat eine stürmische Nachfrage nach Milch beim Publikum zur Folge gehabt. Aus diesem Grunde herrscht überall eine große Milchknappheit, die aber nicht, wie die „Reie Fahn“ annimmt, die Folge verringerter Zufuhr, sondern größerer Nachfrage ist. In den letzten Tagen hat sich die Zufuhr sogar um einige tausend Liter gehoben. Trotz alledem bleibt sie weit hinter dem wirklichen Bedarf der Berliner Bevölkerung — von dem Konsum in Friedenszeiten gar nicht zu reden — zurück. Die Kosten der Berliner Bearbeitung und Verwaltung der Milchwirtschaft haben sich in der Kalkulation für die nächste Woche nicht erhöht.

Ein Mann mit 50 Bräuten.

Als Arzt oder Pfleger im Birchow-Krankenhaus trat ein Heiratschwinder auf, der nach den bisherigen Feststellungen binnen einigen Wochen 50 Witwen und Mädchen schwer bestohlen hat. Unter dem Namen Weber oder Menzel erhielt er in hiesigen Zeitungen ein Heiratsinserat, nach dem ein Mann in mittleren Jahren die Bekanntschaft einer Witwe mit einem Kinde, womöglich mit einer größeren Tochter, oder auch ein junges Mädchen zur Frau suchte.

Er erhielt viele Angebote. Auf schriftlichen Verkehr ließ sich der angegebene Arzt oder Pfleger nicht weiter ein. Der Mann hatte ein so einschmeichelndes Wesen, daß die Bewerberinnen sofort Vertrauen zu ihm setzten und ahnungslos seinen Besuch annahmen. Dabei mußte er es in der Regel so einrichten, daß er den letzten Straßenbahnwagen veräumte und wohl oder übel über Nacht bleiben mußte, weil er angeblich am entgegengesetzten Ende der Stadt wohnte und so weit nicht zu Fuß gehen konnte. Fröhlichmorgens erbot er sich, vom Bäcker frische Semmeln zu holen und verschwand unter dem Namen von Wertgegenständen. Bisher hatte er sich nicht getraut, die Briefe der Bewerberinnen selbst vom Postamt abzuholen. Gestern aber erschien er persönlich, um neue Eingänge in Empfang zu nehmen. Jetzt wurde er festgenommen und als ein 41 Jahre alter Freier Wilhelm Wohlfahrt erkannt. Bei ihm fand man noch viele Briefe von heiratslustigen Witwen und Mädchen und auch einen Gepäckschein vom Schiffschen Bahnhof. Hier hatte er einen Reisekoffer in Verwahrung stehen, in dem er seine Beutestücke zunächst verschwinden ließ, um sie später zu Geld zu machen. Der Koffer enthält noch allerlei gestohlene Wertgegenstände. Wieviele Mädchen und Witwen der Verhosierte bestohlen hat, wie sie alle heißen und wo sie wohnen, weiß er selbst nicht mehr. 50 wurden bereits festgesetzt. Die anderen, die mit dem Manne, dem der rechte Mittelfinger fehlt, zu tun gehabt haben, können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 302 A melden und dort auch die beschlagnahmten Sachen besichtigen.

Kein Sensationsbedürfnis?

Anlässlich einer etwas erregten Sitzung der Bezirksversammlung in Pantow wollte der Bezirksverordnete Meilin (Deutsche Volkspartei) gehört haben, wie der Bürgermeister Genosse Kubig seinen Freunden ermunternd zugewiesen habe: „Haut doch dem Stobe in die Presse!“ Herr Stobe (Wirtschaftspartei) erhob Klage. Vor dem Amtsgericht Pantow, bei welchem am Dienstag vormittag Genosse Kubig als „Angeklagter“ sich zu verantworten hatte, führte St. aus, daß ihn beiseite nicht Sensationsbedürfnis getrieben habe, sondern die verdamnte Pflicht, seine Wähler in seiner Person zu schützen. Die Verhandlung ergab jedoch ein anderes Bild. Dr. Rosenfeld, der Verteidiger des Angeklagten, konnte ohne Widerspruch behaupten, daß der einzige Belastungszeuge, eben jener Ohrenzeuge, sich erstaunlich geirrt habe. Das ganz unauslaßliche Verhalten des Reporters der „Deutschen Zeitung“, Dr. F., während der Verhandlung — Jenseits zu beeinflussen, was vom Richter auch gerügt wurde, beleuchtet erst die Verhältnisse der Richter. Das Gericht kam zu einem Freispruch. Es ist nur zu bedauern, daß

die „Rechts“partei mit diesem angeblichen Ausspruch des Genossen Kubig im 19. Bezirk und darüber hinaus bis jetzt agieren konnten. Der Reinsoll, den sie nunmehr erleben, ist ihnen doch nicht zu wünschen.

Prozeß Köber-Morvilius.

Der Angeklagte Maulbecker freigesprochen.

Die heutige Verhandlung begann erst um 10 Uhr wiederum unter ungeheurem Andrang des Publikums. Heute wird mit verteilten Rollen verhandelt. Als Angeklagte erschienen Frau Anna Förster, während Frau Köber und ihre Tochter, Frau Luise Morvilius sowie der Schwiegersohn Franz Morvilius als Zeugen auftraten.

Die Anklage betrifft die von der Hauptanklage abgetrennten Fälle der Hehlerei, Begünstigung und Erpressung. Zunächst wird gegen Maximilian Maulbecker verhandelt, der sich heute ganz vernünftig benimmt. Ueber seinen Lebensgang gibt er an, daß er in seiner Jugend eine religiöse Wriston in sich gefühlt habe und ins Kloster gegangen sei. Später habe er weite Reisen gemacht. Dann ist er auf Abwege geraten und hat 1907 eine Jugendhausstrafe erhalten. Nach dem 9. November 1918 trat er in das Regiment „Reichstag“ ein. — Vorhänder: Wie war es Ihnen denn möglich, ohne jede militärische Vorbildung die Stelle eines Bataillonstammmandeurs zu bekommen. Angeklagter: Das ging ganz einfach. Ich habe als Kind auf dem Kasernenhof oft gespielt und da die Kommandos gelernt (Große Heiterkeit). Zur Sache erklärt der Angeklagte, daß er am Tage vor seiner Verhaftung von Franz Morvilius mitten in der Nacht angerufen und zu ihm bestellt wurde. Morvilius bot ihm, dafür zu sorgen, daß er seine Stellung nicht verliere und versicherte, daß er mit der ganzen Sache nichts zu tun habe. Frau Morvilius behauptet, daß sie ihm bei dieser Gelegenheit einen Gepäckschein übergeben habe, damit die in den Koffern enthaltenen Sachen nicht erfaßt würden. Maulbecker bestreitet das. Später behauptete er, den Gepäckschein verbrannt zu haben. Dann wurde Frau Luise Morvilius als Zeugin durchgeführt, die über Maulbeckers persönliche Eigenschaften Aussagen macht. Der Zeuge Morvilius bestätigt, daß Maulbecker sein Jugendfreund war. Er glaube nicht, daß Maulbecker die Geschichte mit dem Gepäckschein vergessen habe. Er habe ihm oft die Stelle im Ofen gezeigt, wo die Asche liege. Dr. Ludwig Bürger hält es bei der Geistesverfassung des Maulbeckers für möglich, daß er die Sachen verwechselt habe. Der Angeklagte Maulbecker wurde schließlich nach kurzer Beratung des Gerichts freigesprochen.

Ein Mieter-Teilstreit soll in Berlin heute früh eingeleitet haben. Morin sich dieser Streit bisher geäußert haben soll, wird nicht gesagt, denn am heutigen Vormittag dürfte überhaupt kaum einer der Berliner Mieter seinen Mietzins entrichtet haben. Alle Nachrichten darüber sind vertriebt und beruhen zum großen Teil auf dem Sensationsbedürfnis der Mittagblätter. Es braucht wohl kaum wiederholt zu werden, daß ein Mieterstreit in diesem Augenblick eine Dummbreit ersten Ranges wäre, die nur zum Schaden der Mieter ausfallen würde.

Gasversorgung eines Landtagsabgeordneten. Der Landtagsabgeordnete Gustav Menzel (Kom.) aus Halle a. S., der vorübergehend in der Kleinen Andreasstraße 35 bei Windig wohnte, kam gestern nicht zum Vorh. Durch Gasgeruch auf sein Zimmer aufmerksam gemacht, erliefen seine Wirtsleute auf ihr Klopfen keine Antwort. Sie benachrichtigten die Polizei. Man fand das Zimmer mit Gas angefüllt und Menzel besinnungslos daliegen. Samaritern der Feuerwehr gelang es, ihn mit dem Sauerstoffapparat ins Leben zurückzurufen. Sie brachten ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Der Gashahn der Lampe war geöffnet. Ob ein Unfall vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

März-Zustausch. Im Monat März gelangen die beiden Märzabschnitte A und B mit je 1 Pfund, insgesamt mit 2 Pfund zur Belieferung. Ferner ist die Genehmigung erteilt worden, daß der Sonderabschnitt B aus Monat Februar, falls er noch nicht beliefert wurde, auch im Monat März beliefert werden kann.

Die **Gemeinschaft proletarischer Freidenker** eröffnet am Freitag, den 2. März, abds. 7 1/2 Uhr, in der Rühlstraße, Reutlin, Mühlstraße, die 2. proletarische Freidenkerschule Berlin, welche vornehmlich Erziehungsfragen der proletarischen Klassen Kultur behandeln und alle Klein- und sozialistischen Eltern in ihren Erziehungsansätzen unterstützen soll. Jeden Freitag wird an dieser Stelle eine Arbeitsgemeinschaft abgehalten.

Der **Bezirks-Verein der Polizeibeamten Groß-Berlins** veranstaltet am Dienstag, den 6. März, 7 Uhr, in der Volkramet, Fiedrichstr., eine Verammlung sämtlicher Polizeibeamten Groß-Berlins, darin soll Stellung genommen werden zu einer anderweitigen Dienstregelung. Gleichzeitig wird sich die Verammlung damit befassen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Lebenshaltung der Beamten zu verbessern, auf welche Weise die Sicherheit Groß-Berlins gewährleistet werden kann.

Kritik an der Zeit. Unter diesem Titel hält Dr. A. Dehne einen Vortrag mit Bildnissen und einer feinen Ausstattung. Humboldt-Lochstraße, Lehrstätte Georgenstr. 30/31, Sonnabend, 8. März, 8 Uhr abends. Karten für Mitglieder 50 R., für Nichtmitglieder 100 R. vor dem Vortrag.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die neuen Beitragsmarken für März zu 100 R. und 40 R. sind bereits in unserem Bureau zu haben. — Die Kaffierer, welche die Marken abholen können, werden sehr darum gebeten. — Alle bis Sonnabend, den 10. März, nachmittags 5 Uhr, nicht abgeholt Marken werden am 12. März durch die Post zugestellt. J. M. Mer Pagels.

Jungsozialisten, Gruppe Köpenick. Heute abend 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Köpenicker 64, Ausdrache über das Berliner Zeit der Jungsozialistischen Wähler Zeit mütlingen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Werkstatt Brenzlauer Berg. Heute abend findet im Jugendheim, Brenzlauer Berg, ein Mädchenabend statt. Vortrag: „Leben im Geschlechtsleben“. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Mieterversammlung Friedrichshain S. O. und Köpenick. Verammlung der Mietervereiner Donnerstag, den 1. März, 7 Uhr in der Aula der Gemeindefschule, Poststraße 5, Fiedrichshain, Beschlusfassung.

Deutscher Wanderverein S. O., Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 2. März, Vortrag Prof. Dr. Georg Dr. Nicolai in der Aula des Werner-Siemens-Realschulums, Fiedrichshain, abends 7 1/2 Uhr über das Thema: „Leben und Wissenschaft in Argentinien“.

Sport.

Die letzte Nacht des Sechs-Tage-Rennens.

Die letzte Nacht im Sportpalast wird wieder arm an interessanten Nummern. Die Rabette ließ es sich nicht nehmen, das Deutschlandlied sowie die „Nacht am Rhein“ zu spielen, mußte dafür aber starkes Protestpfeifen einblasen. Für die Rube hatte man in der letzten Nacht wieder eine Sammlung veranstaltet, die über 2 Millionen Mark ergab. Die 17. Wertung (2 Uhr nachts) hatte folgendes Ergebnis: 1. Bauer-Litz 206 Punkte, 2. Gebr. Quilke 232 P., 3. Bahn-Strupat 220 P. Nach der 125. Stunde (2 Uhr nachts) waren 2790,200 km zurückgelegt. 1. Kunde jurid: Ledmer-Berger 136 P., Reinas-Schreiel 40 P., Wamben-Schreiel 15 P., Witting-Roh 14 P., 2. Kunden jurid: Steubrin-Gäusler 64 P., Pamt-Rufshaw 1 P.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und vielwolkeig hell, aber veränderlich mit wiederholten leichten Regenschauern und wägen südwestlichen Winden.

